

Sozialpartnerschaft

Die Gewerkschaften klammern sich an ihre Partnerschaft mit dem Kapital. Doch das Kapital spielt nicht mit.

➟ Seite 8-10



Eiertanz

Eine Zwischenbilanz der Neuen Antikapitalistischen Organisation.

➟ Seite 6-7



Argentinien

Die trotzkistische Linke interveniert erfolgreich in die Wahlen.

➟ Seite 14

18

Juli/August 2015

KLASSEGEGENKLASSE

Zeitschrift der **Revolutionären Internationalistischen Organisation** | Deutsche Sektion der **Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale** | Preis: **1 Euro** | Solipreis: **2 Euro**

Welche Linke brauchen wir?

In Griechenland verschärfen sich die Klassengegensätze, doch neoreformistische Projekte setzen auf Versöhnung.

Die **Revolutionäre Internationalistische Organisation** (RIO) ist die deutsche Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI).

Klasse Gegen Klasse erscheint zehnmal im Jahr. Abos sind ab 25 Euro frei Haus erhältlich. Diese Zeitschrift wird auf Recycling-Papier gedruckt.

Redaktion: Wladek Flakin, Oskar Huber, Alexej Peschkow, Stefan Schneider, Baran Serhad. **Layout:** Wladek Flakin, Max Karlmann. **Titelbild:** Oliver Feldhaus.
ViSdP: R. Müller, Hafenstraße 120, 20359 Hamburg, Eigendruck im Selbstverlag.



Die revolutionäre Frauengruppierung „Pan y Rosas"

International: **Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale** www.ft-ci.org

Argentinien: **Partido de los Trabajadores Socialistas** www.pts.org.ar
Mexiko: **Movimiento de los Trabajadores Socialistas** www.mtsmexico.org
Bolivien: **Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional** www.lorci.org
Brasilien: **Movimento Revolucionário de Trabalhadores** www.palavraoperaria.org
Chile: **Partido de Trabajadores Revolucionarios** www.ptr.cl
Venezuela: **Liga de Trabajadores por el Socialismo** www.lts.org.ve
Uruguay: **Juventud Revolucionaria Internacionalista** jrinternacionalista.wordpress.com
Spanischer Staat: **Clase Contra Clase** www.clasecontraclase.org
Frankreich: **Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA** www.ccr4.org
Deutschland: **Revolutionäre Internationalistische Organisation** www.klassegegenklasse.org

NR. 18 JULI/AUGUST 2015

ONLINE LESEN…



Kapitalismus in Osteuropa

Eine Serie von politischen Krisen erschüttert den „Hinterhof" des deutschen Imperialismus.



Elektromaidan im Kaukasus?

Massenproteste gegen die geplante Stromerhöhung in Armenien – eine neue Ukraine?

Revolutionäre Frauen

Seit Mitte Mai findet in Berlin ein Lesekreis zur proletarischen Frauenbewegung statt. Genossinnen von RIO und unabhängige Frauen übersetzen, lesen und diskutieren gemeinsam das Buch „Brot und Rosen" von Andrea D'Atri, Gründerin der Frauengruppierung „Pan y Rosas" und führendes Mitglied der PTS in Argentinien.

Das Buch gibt einen Überblick über die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung und analysiert die Beziehungen zum bürgerlichen Feminismus. Es zeigt, wie Frauen schon immer wichtiger Teil der Klassenkämpfe ihrer Zeit waren, auch wenn dies immer wieder in der offiziellen Geschichtsschreibung unsichtbar gemacht wird. Frauen trugen gleichzeitig auch ihre eigenen Forderungen in die ArbeiterInnenbewegung hinein und mussten sich teilweise gegen ihre männlichen Genossen durchsetzen.

Frauen der ArbeiterInnenklasse werden als Frauen unterdrückt und als Arbeiterinnen ausgebeutet. Ihre Unterdrückung als Frauen ist im Interesse der KapitalistInnen. Der Weg zu ihrer Befreiung ist damit in der gemeinsamen Organisierung mit den männlichen Arbeitern gegen die KapitalistInnen zu suchen. *(lf)*

Alte Ausgaben von Klasse Gegen Klasse ebenfalls erhältlich unter info@klassegegenklasse.org



VON WLADEK FLAKIN

Welche Linke brauchen wir?

„Oxi!" Am 5. Juli war die Ablehnung nicht zu überhören: Mehr als 60 Prozent der Menschen im Griechenland stimmten mit „Nein" beim Referendum über die Sparpolitik der deutschen Regierung und der Troika. Auch in anderen europäischen Ländern sagten vielen Menschen „Nein" zu den Kürzungen, mit denen die ArbeiterInnen und die Jugend für die Krise des Kapitalismus zahlen sollen.

Doch die griechische Regierung von Alexis Tspiras und der reformistischen Partei Syriza interpretiert das Ergebnis genau andersherum: Sie glauben, sie haben ein Mandat, um ein neues Kürzungsprogramm mit der Troika auszuhandeln.

Die Grenzen der Linksregierung

Am Anfang des Jahres gewann Syriza die Wahlen und bei der reformistischen Linken in Europa kannte die Euphorie keine Grenzen: Die Zeit der Austerität war angeblich vorbei. Doch gleich am nächsten Tag bildete Tsipras eine Regierung zusammen mit der rechtsnationalistischen ANEL. In den endlosen Verhandlungsrunden der folgenden Monate gaben sie eine Forderung nach der anderen auf. Während wir diese Zeilen schreiben wird trotz des Referendums ein neues „Memorandum" verhandelt.

Auch Pablo Iglesias von der neuen Partei Podemos im Spanischen Staat galt zeitweilig als ein Rockstar, der ohne Umwege die Regierung übernehmen würde. In den letzten Monaten haben unabhängige BürgerInneninitiativen zusammen mit Podemos die Rathäuser in Barcelona, Madrid und anderen Städten erobert. Doch die Partei stagniert in den Umfragen und Iglesias macht klar, dass er nach den Wahlen eine Regierung mit der zutiefst korrupten, sozialdemokratischen PSOE bilden wird.

Der „linke Aufbruch", der eine bessere Verwaltung des Kapitalismus versprach, hielt also nicht lange. Projekte wie Podemos, die *„weder links noch rechts"* sind, sondern nur *„anständige Regierungen"* anstreben (Iglesias), stoßen an ihre Grenzen. Syriza sah sich immer in der Pflicht, die Regeln des Kapitalismus einzuhalten. Dazu gehört auch die Anerkennung der „Institutionen" und der Europäischen Union, die immer stärker die Politik des deutschen Imperialismus durchsetzen.

Doch in einem Europa, das seit Jahren von der weltweiten Krise des Kapitalismus erschüttert wird, gibt es wenig Spielraum für Reformprojekte. Die linken Kräfte, die an die Macht kommen, müssen dann genau die Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung durchsetzen, die sie vor den Wahlen angeprangert haben. Die einzige Alternative ist der Kampf gegen das Europa des Kapitals und für ein sozialistisches Europa der ArbeiterInnen.

Welche Strategie ist nötig?

Linke ApologetInnen der Syriza-Regierung – sowohl innerhalb der Regierungspartei als auch in einem breiten Spektrum der europäischen Linken – setzen ihre Hoffnung auf eine „Doppelstrategie", die die Regierungsübernahme durch starken Druck auf der Straße ergänzen soll. Doch das Beispiel Griechenland, wo es in den letzten Jahren über 30 Generalstreiks – also keinen Mangel an Straßenprotest! – gegeben hat, entlarvt diese Strategie als Sackgasse. Reformismus plus soziale Bewegungen ist immer noch Reformismus. Und manchmal ist es noch schlimmer: Die Versprechen einer bürgerlichen „Linksregierung" können die Massen demobilisieren.

Dabei ist es im Zuge des Referendums umso wichtiger, den Protest auf der Straße zu verstärken und weitere Sektoren der ArbeiterInnenklasse gegen die Angriffe der Troika zu mobilisieren. In der Woche der Kampagne für „Oxi" ließ sich die gewaltige Kraft der ArbeiterInnen und Jugend erahnen. Eine Kraft, so gewaltig, dass sie auch die Spardiktate der Troika zurückschlagen kann – wenn sie sich nicht von der Syriza-Regierung abhängig macht, sondern auf Selbstorganisierung setzt.

Im siebten Jahr der weltweiten kapitalistischen Krise werden wir neue Spannungen zwischen den arbeitenden Massen und ihren reformistischen Führungen erleben – vor dem Hintergrund ist eine unabhängige Politik der ArbeiterInnenklasse nötiger denn je. Nur die Perspektive einer ArbeiterInnenregierung, die mit dem Kapital vollständig bricht, kann im Rahmen eines Übergangsprogramms die wichtigsten Forderungen der ArbeiterInnen durchsetzen. Zu diesen gehören die Nicht-Zahlung der Schulden, die entschädigungslose Enteignung des Bankensektors und der Industrie unter ArbeiterInnenkontrolle, die Rücknahme aller Privatisierungen und die sofortige Erhöhungen der Renten und Löhne.

Trotz des Chauvinismus

Und auch in Deutschland, trotz des Gifts des Chauvinismus, kämpfen einige Sektoren der ArbeiterInnenklasse für ihre Rechte. Doch neben dieser Kampfbereitschaft erleben wir die verräterische Rolle der Gewerkschaftsbürokratie, die die Kämpfe bremst und ausverkauft. Trotz des vorherrschenden reaktionären Klimas muss es uns gelingen, revolutionäre Fraktionen in der ArbeiterInnenbewegung aufzubauen. Auch dafür brauchen wir ein klares Programm.

Nur wenn wir die Lehren aus den wichtigsten Kämpfen ziehen, können wir eine starke revolutionäre Organisation aufbauen, die sich dem Kapital entgegenstellen kann. Deswegen wollen wir – besonders mit dieser Ausgabe von *Klasse Gegen Klasse* – verschiedene Debatten über linke Strategie vorantreiben.



Zwei Parteien

LINKSPARTEI: „Die Linke" unterstützt Streiks mit der Kampagne „Das muss drin sein." Doch gleichzeitig ist sie Teil von Regierungen, die die Forderungen der Streikenden ablehnen. Wie passt das zusammen? Gibt es möglicherweise zwei konkurrierende Parteien innerhalb von „Die Linke"? Oder haben wir es mit nur einer einzigen reformistischen Partei zu tun? Eine Bestandsaufnahme nach dem Abtritt von Fraktionschef Gregor Gysi.

VON OSKAR HUBER

Auf seinem Parteitag kündigte Gregor Gysi am 7. Juni den Rücktritt als Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag an. Es war *sein* Parteitag, denn faktisch führte er „Die Linke" seit 1990 an. Der Wechsel an der Fraktionsspitze wird unter dem Zeichen der Kontinuität stehen: Gysis Vermittlungsrolle ist überflüssig geworden, aber sein bürgerliches Vermächtnis bleibt. Dieses Vermächtnis ist es, so Gysi selbst in seiner Abschiedsrede, zu *„garantieren, dass es auch mit uns eine hohe Produktivität und eine funktionierende Wirtschaft […] geben wird"*. Denn *„der Kapitalismus kann eine höchst effiziente und produktive Wirtschaft hervorbringen"* und da er sich in Deutschland in eine *„politische Demokratie"* kleidet, sei eine Revolution illegitim. Stattdessen solle seine Partei das *„Bündnis mit dem Mittelstand"* suchen, denn *„auch ihn stört die Marktdominanz der großen Banken und Konzerne […]. Aber es darf kein Zweckbündnis sein. Wir müssen es ernst meinen."*[1]

Und Gysi meint es ernst. Es ist an der Zeit für die „Linken in der Linken", die Führung der Linkspartei auch einmal ernst zu nehmen. Denn es gibt tatsächlich nur eine Position, die in der Linkspartei effektiv geäußert wird – und das ist die der Regierungsbeteiligung. Wer gegen Regierungsbeteiligung ist, so Gysi, *„gibt das nicht zu"*, sondern hofft, dass SPD und Grüne *„schon an der zweiten roten Haltelinie scheitern"*. Ebenso geht die Gruppe marx21 vor. So erklärt das marx21-Mitglied Janine Wissler, die die Linksfraktion im hessischen Landtag anführt, immer wieder, sie sei prinzipiell für Regierungsbeteiligungen, wenn bestimmte „Haltelinien" eingehalten werden. Doch diese „Taktik", die den kapitalistischen Staat nicht in Frage stellt, bedeutet nur eine Anerkennung des Regierungskurses. Folgerichtig stimmte marx21 auf dem Bundesparteitag dem Leitantrag der Parteiführung zu.

Der Sieg des „rechten Flügels"

Im Zentrismus und Linksreformismus ist die These populär, wir hätten es bei der Linkspartei mit „zwei Parteien in einer" zu tun: eine der „Regierungslinken" und eine der „antikapitalistischen Linken". Zurzeit dominiere eben das „Reformlager"[2]. Mit dieser Analyse belügen sich Linke selbst, denn es gibt nur zwei verschiedene parlamentarische, reformistische Strategien: Die eine hält ein oppositionelles Auftreten für zielführender, um mitregieren zu können, die andere ein offen anbiederndes. Das Ziel aber steht bei beiden längst fest: die Mitverwaltung des Kapitalismus.

Die „Sozialistische Linke" (SL, zu der auch die Gruppe marx21 gehört) oder die „Antikapitalistische Linke" (AKL, in der die SAV aktiv ist) verschweigen das. Gäbe es einen „revolutionären" Teil in der Linkspartei, hätten wir ihn irgendwo in den zentralen Auseinandersetzungen der letzten Monate und Jahre gesehen. Die zentristischen Projekte innerhalb der Linkspartei tragen murrend die chauvinistische Politik der Gesamtpartei mit, statt vehement einem Bruch mit ihr anzustreben. Der Trend ist klar: Vom Bekenntnis zur Europäischen Union am Europaparteitag über die ersten Linke-Stimmen für einen Kriegseinsatz im Mittelmeer, die Ramelow-Regierung in Thüringen bis hin zur fast geschlossenen Zustimmung für die Spardiktate für Griechenland. Zwar war „Die Linke" beim griechischen Referendum am 5. Juli diesmal für ein „Nein" und damit gegen die Bundesregierung – einen „linken Teil", der die Kapitulation Syrizas vor deutschem Imperialismus und griechischer Burgeoisie anprangert und eine revolutionäre Alternative fordert, gibt es jedoch nicht.

Deshalb kann Caren Lay von der rechten Strömung „Forum demokratischer Sozialismus" (fds) auch stolz über das Anführen der Regierung in Thüringen sinnieren: *„Es ist vor allem gelungen, ohne dass es darüber eine bemerkenswerte Auseinandersetzung innerhalb der Partei gab"*. Deshalb kann der IG-Metall-Bürokrat Klaus Ernst mit Recht behaupten, dass es immer nur an der SPD lag: *„Wir haben doch nie gesagt: Wir wollen nicht regieren"*. Wieder kann man der Parteirechten nur beipflichten: Ihre Haltung ist identisch mit der Haltung der Partei selbst. Dass es eine andere Möglichkeit der Linkspartei gäbe, ist entweder eine Illusion oder auf „linker" Seite eine apologetische Lüge.

Wie die „Kompromisse", die auch die Parteilinke mit einer Regierungsbeteiligung im Bund absegnen wird, aussehen werden, sagt Gysi in seinem vorerst letzten Streich sehr konkret: Waffenexporte an „Demokratien", Auslandseinsätze der Bundeswehr ohne „Kampfeinsätze", EU „mit Demokratie", weiterhin Geheimdienste und NSA, aber *„selbstbewusst gegenüber der US-Regierung auftreten"*, Leiharbeit nicht abschaffen sondern „angleichen", die Vermögenssteuer nur erhöhen *„ohne die kleinen und mittleren Unternehmen dabei zu schwächen"*, eine „Mindestsicherung ohne Sanktionen" statt der Abschaffung von Hartz IV.

Chauvinismus gegenüber Griechenland

„Die Linke" ist *„parlamentarisiert und mit der Mitte versöhnt"*, wie der CDU-Hofprofessor Korte es in einer Talkshow glücklich feststellt. In der jetzigen Phase bedeutet die Diskussion über einen revolutionären Weg deshalb nichts weniger als die Diskussion über den Bruch mit der Linkspartei. Wer das immer noch nicht glauben möchte, werfe einen Blick auf die chauvinistische „nationale Einheit" gegenüber Griechenland, in die sich die Partei fast geschlossen einreiht. Hier kommt die einzig richtige Selbsteinschätzung wieder nur aus der Parteirechten: Die Zustimmung

1. DIE LINKE: Rede von Gregor Gysi. http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/bielefelder-parteitag-2015/reden-und-grussworte/gregor-gysi/.
2. Ekkehard Lieberam. Konforme Transformer. In: junge Welt. 29.06.2015. https://www.jungewelt.de/2015/06-29/017.php.

in einer?

zu den Schäuble-Spardiktaten im Bundestag vom Februar ist *„eine Veränderung, die über die konkrete Entscheidung von heute hinausgeht"*, so der Berliner Regierungslinke Stefan Liebich.

Als Gysi in der Umsetzung dieser weitreichenden Entscheidung schließlich behauptet, dass sie *„keine Zustimmung zur Politik der Bundesregierung"* ist, gibt es hämisches Lachen und einen Zwischenruf von der CDU: *„Dann hätten sie im Dezember auch schon zustimmen können!"* Das ist richtig. Die Linkspartei hat den ersten Anlass gewählt, um von ihrer taktischen Ablehnung gegenüber den Spardiktaten abzurücken. Ihre einzige „Alternative" zu Merkel und Schäuble ist ein deplatzierter Keynesianismus für ein deutsches Kapital, das ihn nicht will: Griechenland solle mit einem vielbeschworenen „Marshallplan" aufgebaut werden, damit es seine Schulden zurückzahlen könne und deutsche SteuerzahlerInnen nicht mehr haften. Im gleichen Atemzug appelliert Gysi an die *„Pflicht, den Euro und die Europäische Union zu retten"*.

Bürgerliche ArbeiterInnenpartei

Scheinbar bekommt der kompromisslose Rechtskurs nun aber einen Knick: Mit der Kampagne „Das muss drin sein" unterstützt die Linkspartei Arbeitskämpfe. Das ist etwas, das wir und andere Linke immer wieder von dieser Partei gefordert haben. Der Inhalt der Kampagne: Befristung und Leiharbeit stoppen, Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hart IV, Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst, Wohnung und Energie bezahlbar machen, mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit. Auch in der aktuellen Streikkonjunktur lässt sich die Linkspartei hin und wieder blicken.

Wie passen diese zwei Entwicklungen der Linkspartei – Streikunterstützung bei gleichzeitigem Rechtsruck in nahezu allen politischen Fragen – zusammen? Findet etwa doch ein Flügelkampf in der Linkspartei statt? Gibt es noch Chancen für die „Linken in der Linken"?

Nein.

Was wir beobachten, ist das Ergebnis des widerspruchsreichen Entwicklungsprozesses einer bürgerlichen ArbeiterInnenpartei.

Unter bürgerlicher ArbeiterInnenpartei verstehen MarxistInnen eine Partei mit kapitalistischem Programm und pro-kapitalistischer Führung, aber einer Basis in der ArbeiterInnenklasse. Die *organische* Verbindung der Linkspartei zur ArbeiterInnenklasse beschränkt sich aber wesentlich auf untere Teile der Gewerkschaftsbürokratie. Gäbe es eine festere Bindung zur Klasse, müsste Gysi in seinem Abschied nicht zugeben, dass *„mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer auf den größten Teil ihrer Arbeitnehmerschaft deutlich mehr Einfluss als wir haben"* und diese UnternehmerInnen nicht um *„eine generelle Erlaubnis für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer uns zu wählen"* bitten.

Seine Partei stützt sich im Mitgliederbestand, dessen Durchschnittsalter 60 Jahre beträgt, auf ostdeutsche StaatsbürokratInnen (und RentnerInnen) und westdeutsche GewerkschaftsbürokratInnen. Sie greift also schon in ihrer Basis eher auf die Vermittlungsinstanzen zwischen den Klassen als auf die ArbeiterInnenklasse selbst zurück. Damit gibt sie eine allgemeine Tendenz der reformistischen Parteien in imperialistischen Ländern wieder, die seit der Niederlage des letzten großen Aufschwungs des Klassenkampfes in den 1970ern andauert: Reformistische Parteien verlieren an ArbeiterInnenbasis oder entstehen sogar neu ohne eine tiefe Verankerung in der Klasse.

„Die Linke" war von Anfang an verfault. Deshalb ist die Geschichte der Linkspartei eine Geschichte der Beseitigung von „Hindernissen" zur Regierungsbeteiligung, in der die gleiche Partei immer wieder versucht, Wurzeln in der ArbeiterInnenklasse zu schlagen, um eine Basis in Abgrenzung zur SPD zu gewinnen. Die Klasse dient ihr dabei sowohl in Griechenland als auch in Deutschland nur als Manövriermasse in den Verhandlungen mit der bürgerlichen Regierung, deren Teil die Linkspartei sein will.



Gregor Gysi ist nicht mehr der Frontmann. Doch seine reformistische Strategie prägt die Partei weiter.

„Antikapitalismus"

DEBATTE: Wie sollen sich RevolutionärInnen organisieren? Sieben Fragen und Antworten für

VON WLADEK FLAKIN

Was ist die NAO?

Im März 2011 wurde ein Aufruf in die Welt gesetzt: Deutschland brauche eine „Neue Antikapitalistische Organisation". Bis zum Ende jenes Jahres wurde eine Gruppe mit 1.000 Mitgliedern angepeilt. Auf dieser Grundlage begann ein Diskussionsprozess, an dem sich bis zu zehn kleine und vorwiegend trotzkistische Gruppen beteiligten. Das Resultat zweieinhalb Jahre später: ein programmatisches Manifest – und eine Spaltung. Denn nur vier Gruppen trugen den Text mit. Im Februar 2014 kam es trotzdem zur Gründung einer NAO in Berlin.

Jetzt, nach mehr als vier Jahren, existiert die NAO in Berlin als eine Formation mit einigen Dutzend Mitgliedern. Doch sie befindet sich in einer tiefen Krise: Auf der einen Seite sind die Gruppe Arbeitermacht (GAM) und ihre Jugendorganisation REVOLUTION (Revo), auf der anderen Seite alle anderen Gruppen sowie Einzelpersonen. Erklärungen dazu liegen noch nicht vor, aber beide Seiten sprechen schon vom Scheitern des Prozesses.

Was konnte die NAO erreichen?

In den letzten Jahren gab es durchaus Aufsehen erregende Aktionen der NAO, etwa der Revolutionäre 1. Mai in Kreuzberg oder die „Waffen für Kurdistan"-Kampagne. Doch die politische Grundlage dieser Auftritte war die Mystifizierung reformistischer Projekte im Ausland: etwa die Veranstaltung am 14. Juni 2013 über die „Aufstände in Südeuropa", die eine völlig unkritische Haltung zu Syriza einnahm, oder die Veranstaltung am 25. April 2014 über Podemos im Spanischen Staat, die sich auf Jubel für eine bürgerliche Regierungspartei auf Abruf beschränkte. Die „Internationalismustage" am 25. und 26. Oktober 2014 brachten viele reformistische Projekte zusammen, ohne irgendwo eine revolutionäre Kritik zu formulieren. So konnte die NAO kein revolutionäres Profil gewinnen, sondern betrieb immer einen zentristischen Eiertanz.

Dazu war der Bezug der NAO zum Klassenkampf bestenfalls sporadisch – bei den wichtigsten Kämpfen der ArbeiterInnenklasse glänzte „der Prozess" in der Regel durch Abwesenheit. Der zentrale Grund dafür ist, dass die NAO aufgrund der unterschiedlichen Strategien ihrer Mitglieder keinerlei gemeinsame Perspektive für die ArbeiterInnenklasse anbietet – und deshalb notwendigerweise passiv bleiben muss, wenn sich die Klassenauseinandersetzungen verschärfen.

War die NAO ein Projekt für RevolutionärInnen?

Gruppen wie der RSB, die isl oder die SYKP gehörten nur formell dem NAO-Prozess an, in Wirklichkeit waren sie nur von einzelnen Personen vertreten. Die GAM und Revo verstehen sich als „revolutionärer Pol" innerhalb der NAO. Stimmt das? Nur bedingt. Anstatt dafür zu kämpfen, dass sich revolutionäre Positionen als Linie der Organisation durchsetzen, entwirft die GAM Positionen, die für die verschiedenen Flügel der NAO annehmbar sind. Wenn die GAM im Namen der NAO spricht, vermeidet sie systematisch die Frage nach dem Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenpartei.

Das unterscheidet sich von der Methode revolutionärer MarxistInnen zur Umgruppierung. Als zum Beispiel Leo Trotzki und die Linke Opposition in den 30er Jahren versuchten, die MarxistInnen neu zu sammeln, gründeten sie einen „Block der Vier" mit anderen Organisationen. In der programmatischen Erklärung dieses Blocks ging es um die wichtigsten Fragen der damaligen Epoche – den Sieg des Faschismus in Deutschland, den Aufstieg des Stalinismus in der Sowjetunion und die Gründung der Vierten Internationale.

Die Diskussion innerhalb der NAO klammerte jedoch gerade die zentralen Fragen für RevolutionärInnen heute – wie etwa den Umgang mit Neoreformismus à la Syriza – systematisch aus. Stattdessen ging es darum, jeweils einen politischen kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden. Die GAM vermied es über all die Jahre, die Kampagnen der NAO zu kritisieren – was ein „revolutionärer Pol" unbedingt hätte machen müssen. Diese Art von systematischer politischer Vagheit nannte Leo Trotzki eine *„Verwischung der Gegensätze zwischen den verschiedenen Tendenzen"*, was für ihn *„die wesentliche Funktion des Zentrismus"* darstellte.[1]

Ist eine Umgruppierung der Linken nicht sinnvoll?

Doch, unbedingt! Aber die Frage ist, auf welcher politischen Grundlage diese Umgruppierung stattfindet. Die NAO konnte nicht dazu beitragen, die Reihen der RevolutionärInnen zu vergrößern. Im Gegenteil: Zurück bleibt die alte Zersplitterung – ergänzt um neue Verbitterung.

Viele GenossInnen der NAO meinen dennoch, dass es richtig war, dieses Projekt auszuprobieren.

Die deutsche NAO ist dabei ein sehr kleines und relativ spätes Beispiel für eine internationale Reihe von gescheiterten Versuchen, breite antikapitalistische Parteien zu gründen. Das bekannteste Beispiel hierfür ist die Neue Antikapitalistische Partei (NPA) in Frankreich, die 2009 mit bis zu 10.000 eingeschriebenen Mitgliedern gegründet wurde. Doch die NPA verfügte über keine gemeinsame Strategie und jedes Ereignis im Klassenkampf stellte die Partei vor eine Zerreißprobe. Mittlerweile hat sie etwas mehr als 1.000 aktive Mitglieder – ist also bedeutend kleiner als die alte trotzkistische Gruppe, die die NPA ins Leben rief.

Diese „neuen antikapitalistischen" Projekte gehen von der Idee aus, dass die „alte" marxistische Strategie des revolutionären

1. Leo Trotzki: Was Nun? https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1932/wasnun/kap09.htm.

ist ein Eiertanz

eine Zwischenbilanz der Neuen Antikapitalistischen Organisation (NAO).

Aufstandes der ArbeiterInnenklasse veraltet und deshalb eine „neue" Strategie der Zusammenführung von BefürworterInnen und GegnerInnen bürgerlicher Linksregierungen nötig sei. Doch die damit erwünschte „Schlagkraft" verpufft, wenn keine Einigkeit darüber besteht, wer, wie, wann geschlagen werden soll.

Unsere GenossInnen der Revolutionär-Kommunistischen Strömung (CCR) in Frankreich nehmen zwar an der NPA teil – doch tun sie das im ständigen politischen Kampf gegen die Parteimehrheit für die Durchsetzung eines revolutionären Programms und einer entsprechenden Praxis. Ihr explizites Ziel ist der Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenpartei – angesichts der kapitalistischen Krise ein nötigeres Ziel denn je.

Umgruppierungsprojekte machen dann Sinn, wenn sie auf der Grundlage der zentralen Fragen des Klassenkampfes vorgehen. Die GenossInnen von Revo betonen richtigerweise in einem anderen Kontext, dass sie „Klarheit vor Einheit" brauchen – innerhalb der NAO kommt diese Auffassung aber nicht im Geringsten zum Tragen.

Die NAO mag zentristisch sein, aber steht ihr das als Einheitsfront nicht zu?

Die NAO ist weit davon entfernt, eine Einheitsfront zu sein – es handelt sich um einen Block, der gemeinsame Propaganda macht, aber nicht für revolutionäre Projekte, sondern für die YPG, für Syriza, für Podemos. Der linke Flügel der NAO – also die GAM und Revo, die als Mehrheit keine „Opposition" bilden – mag eine kritische Haltung zu diesen Projekten in ihrer Zeitung verkünden. Doch in der Öffentlichkeit setzt auch er die angepasste, zentristische Linie der NAO um. Wie Trotzki sagen würde, haben sich die GAM und Revo leider die Hände binden lassen.

Wir dagegen haben die Möglichkeit, mit den Kräften der NAO gemeinsame Aktionen zu machen, ohne unsere Kritik um einen Deut zurückstellen zu müssen. Eine Einheitsfront beruht nämlich auf einer gemeinsamen Aktion für einen begrenzten politischen Zweck, ohne eine politische Unterordnung unter eine gemeinsame programmatische Linie. Solche Aktionen bedeuten für uns aber nicht, im Vorfeld eine gemeinsame Organisation vorauszusetzen.

Auch wenn die Aussichten schlecht sind, muss man es nicht trotzdem versuchen?

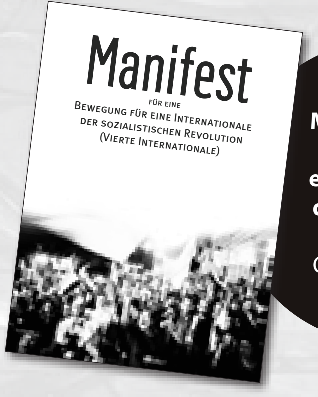
Die Suche nach Einheit durch vage Formulierungen über „neuen Antikapitalismus" zeugt letztendlich von dem Wunsch nach einer Abkürzung auf dem Weg zu einer revolutionären Partei. Sicherlich ist dieser Aufbauprozess nicht linear und macht immer wieder Sprünge. Doch Umgruppierungen, die nicht auf gemeinsamen Tests im Klassenkampf beruhen, werden nicht nur schnell wieder zerfallen: Die „Anticapitalist Initiative" aus Großbritannien (ein ähnlich kleines Projekt wie die NAO) ist nicht nur zusammengebrochen, sondern führte ihre Mitglieder in die kleine reformistische Partei „Left Unity". Ein vergleichbares Ende hatte die „Neue Antikapitalistische Linke" (NAL) aus Tschechien. Und die Liga für die Fünfte Internationale (die internationale Strömung der GAM) hat in diesen Erfahrungen viele Mitglieder verloren – sodass sie eine fast ausschließlich deutsch-österreichische Strömung geworden ist. Wir können an all diesen Projekten kein Vorbild für RevolutionärInnen erkennen.

Wie sollte eine Umgruppierung also aussehen?

Eine gemeinsame Organisation ist immer Ausdruck eines gemeinsamen Programms – und zwar nicht nur eines Schriftstücks, sondern einer gemeinsamen Praxis, in der sich das Programm ausdrückt. Die Organisationsgründung ist immer das Ende eines politisch-programmatischen Klärungsprozesses – nicht, wie im Fall der NAO, der Anfang.

Verschiedene Gruppen mit revolutionärem Anspruch sollten sich bemühen, so eng wie möglich bei ihren Interventionen im Klassenkampf zusammenzuarbeiten. Es sind die gemeinsamen Schlussfolgerungen aus den großen Ereignissen des Klassenkampfes, die Einheit ermöglichen. Mit dem *„Manifest für eine Bewegung für eine Internationale der sozialistischen Revolution"* haben wir einige der unserer Meinung nach wichtigsten Schlussfolgerungen zur Diskussion gestellt. Mit programmatischer Unnachgiebigkeit und taktischer Flexibilität konnte unsere internationale Strömung, die Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI), eine Reihe von neuen, schlagkräftigen Gruppen aufbauen, etwa die MTS in Mexiko, die MRT in Brasilien oder die PTR in Chile.

„Neuer Antikapitalismus" ist demgegenüber kein gutes Banner, sondern eine strategische Sackgasse. Wir möchten der GAM und Revo erneut Diskussionen anbieten, um revolutionäre Schlussfolgerungen aus der negativen Erfahrung zu ziehen.



Manifest für eine Bewegung für eine Internationale der sozialistischen Revolution.
Online zu lesen.

Die „Sozialpartnerschaft“:

ARBEITER/INNENKLASSE: Die Sozialpartnerschaft ist eine Hauptstütze des bürgerlichen Regimes in Deutschland. Sie definiert sich durch die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbürokratie mit dem Kapital. Mit der fortschreitenden Prekarisierung verengt sie sich auf Kosten der ArbeiterInnen.

VON OSKAR HUBER

Die ArbeiterInnenklasse in Deutschland ist mächtig – ihr Generalstreik würde das kapitalistische Europa erschüttern. Sie ist noch lange nicht darauf vorbereitet, aber seit Krisenbeginn erfährt sie eine lange nicht mehr gekannte Streikkonjunktur. Doch auch dieses Jahr stoßen die Streiks an Grenzen – gesetzt von den BürokratInnen, die an der Sozialpartnerschaft festhalten. Historisch gesehen änderte sich die materielle Stütze dieser Ideologie immer wieder mit dem Akkumulationsregime und der Phase des Klassenkampfs. Dass sie der ArbeiterInnenklasse stabile Verbesserungen bringen würde, war jedoch von Anfang an mehr Dichtung als Wahrheit.

Die „partnerschaftliche“ Tarnung der Diktatur des Kapitals beginnt mit dem Stinnes-Legien-Abkommen 1918: Die Gewerkschaften bekamen Anerkennung und Verbesserungen. Dafür verzichteten sie auf die Forderung nach Vergesellschaftung des Privateigentums. Der Industrielle Stinnes und der Bürokrat Legien hatten Erfolg und verhinderten die Revolution. Nach den Jahren der Weltwirtschaftskrise und des Rechtsbonapartismus entledigte sich das Kapital dann seiner willigen PartnerInnen aus der Bürokratie und zerschlug die Gewerkschaften mit dem Faschismus.

Auf die Vernichtung der Produktionsmittel im Krieg folgte ein Boom. Die „Bonner Republik“ musste die selbstbewusstere ArbeiterInnenklasse aber erst wieder paralysieren. Gerade hatte diese in der Montanindustrie die paritätische Kontrolle über die Aufsichtsräte erkämpft und damit die „Machtfrage“ in diesem Sektor gestellt. Es bestand die Gefahr der Ausweitung, die durch Adenauers Betriebsverfassungsgesetz von 1952 verhindert wurde. Der neu gegründete Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hatte diese Niederlage ermöglicht, indem er die ArbeiterInnen an Rhein und Ruhr zurückhielt und für die „Montanmitbestimmung“ den Generalstreik opferte. Bis heute ist der politische Streik illegal.

Die Lüge der goldenen Jahre

Im Sinne des Kapitals stabilisiert wurde das Betriebsverfassungsgesetz durch eine Novelle der sozialliberalen Regierung von 1972, die bis in den heute geltenden Folgegesetzen BetriebsrätInnen dazu zwingt, Kündigungen „partnerschaftlich“ mitzutragen. Das akzeptierten die DGB-Bürokratien wiederum in Antwort auf die „wilden Streiks“ von 1969, in einer Zeit des internationalen Aufschwungs des Klassenkampfs. Anstatt das Kapital anzugreifen, galt das Interesse der BürokratInnen ihrem Apparat.

Die klassische Sozialpartnerschaft, vom „Wirtschaftswunder“ bis in die Siebziger, wird von SozialdemokratInnen gern beschworen, wenn sie für das deutsche Modell des Fordismus werben: „Rheinischer Kapitalismus“ oder „Soziale Marktwirtschaft“. Doch dieses Akkumulationsregime musste mit den Ölkrisen dem Neoliberalismus weichen und die ArbeiterInnenklasse musste für die Passivität der Bürokratie in den vermeintlich goldenen Jahren büßen: Es kamen Schmidt und Kohl und mit ihnen eine neue Serie von Angriffen. In den Neunzigern war die große Niederlage zementiert: Der Organisationsgrad deutscher Gewerkschaften sank zwischen 1994 und 2006 von über 27 auf 18 Prozent. Schröders von kapitalistischer Restauration und Sozialabbau getriebenes „Bündnis für Arbeit“ mündete in die Agenda-Politik, also in den unverhohlenen Generalangriff auf die ArbeiterInnenklasse unserer Generation.

Das Akkumulationsregime der „Nullerjahre“ sollte die jetzige hegemoniale Stellung der deutschen Bourgeoisie innerhalb Europas herstellen. Es basiert *„auf Befristung, Leiharbeit, drakonischen Sanktionen für Jobcenter-‚KundInnen‘, und das alles im Herzen der hochtechnisierten deutschen Wirtschaft“*[1]. Voraussetzung dafür bleibt das „partnerschaftliche“ Stillhalten der schweren Bataillone der ArbeiterInnenklasse – weder damals noch heute mobilisieren die DGB-Gewerkschaften gegen diese Gesetze.

Chauvinismus nach innen und außen

In der Krise seit 2008 zeigte die gewandelte Sozialpartnerschaft ihren Wert für das Regime. Der von der IG Metall (IGM) auf Basis des Standortnationalismus genehmigte „Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung und zum Beschäftigungsaufbau“ in der Metall- und Elektroindustrie erlaubte die Außerkraftsetzung tarifvertraglicher Normen bei Zustimmung der beiden Tarifparteien – natürlich nur auf Kosten der Beschäftigten, die um des lieben Friedens willen zum Stillhalten verdonnert wurden.

1. Stefan Schneider: Befristungen zurückschlagen. In: Klasse Gegen Klasse 16. http://www.klassegegenklasse.org/befristungen-zuruckschlagen/.

ONLINE LESEN: ARTIKEL ÜBER DIE WICHTIGSTEN ARBEITSKÄMPFE IN DEUTSCHLAND…



Verraten und ausverkauft
Nach vier Wochen Post-Streik verkündet ver.di ein Ergebnis – etliche Mitglieder sind entsetzt.



Schnöde Schlichtung
Nach über 420 Streikstunden einigte sich die GDL mit der Bahn auf neue Tarifverträge.



Streikversammlungen nötig!
Die Delegiertenkonferenz vom Sozial- und Erziehungsdienst lehnte den Schlichterspruch ab.

Erfolgsmodell des Kapitals

Die Regierung konnte das allein nicht schaffen – nur die Bürokratien der ArbeiterInnenorganisationen selbst konnten, wie schon nach Hartz IV, Demonstrationen durch Verhandlungen und die Machtfrage durch Privilegien ersetzen. Die fordistischen Fleischtöpfe des Imperialismus sind jetzt nur noch für einen stetig schrumpfenden Teil der ArbeiterInnenaristokratie zugänglich, während andere ArbeiterInnen auch in Deutschland Überausbeutung erfahren. Um ihren Anteil zu sichern, erstritt die IGM nun ein fatales Urteil, das Tarifvertragsklauseln nur für Mitglieder erlaubt und damit die Klasse weiter spaltet[2].

Die Verengung der Sozialpartnerschaft auf einige Sektoren, vor allem der weiterverarbeitenden Industrie, ist aufgrund der relativen Stärke der deutschen Bourgeoisie möglich, die gleichbedeutend mit einer schwachen, passiven ArbeiterInnenklasse ist. Die immensen Auslandsüberschüsse werden zwar an die Bürokratie und ArbeiterInnenaristokratie krümelweise weitergereicht, aber nur unter der Bedingung, dass sie der Klasse die Hände binden.

Weil die Sozialpartnerschaft das akzeptiert, ist sie ein tödlicher Chauvinismus nach außen und nach innen: nach außen als Standortnationalismus gegen Resteuropa, wie IGM-Boss und Millionär Huber 2012 mit seiner Hetze gegen den „Unfug" der Streiks in Portugal, Italien, Griechenland und dem Spanischen Staat bewies. Nach innen als Entsolidarisierung gegenüber den Prekarisierten, zum Beispiel großen Teilen des Dienstleistungsgewerbes, der Logistik und den in Teilzeit arbeitenden Frauen, die besonders schwer von Angriffen betroffen sind. Die Prekarisierung ist zudem eine ständige Drohung gegen die ganze ArbeiterInnenklasse, indem sie die überausgebeuteten Teile der Klasse zur „erweiterten Reservearmee" ausbaut.



Sylvester Stallone im Film „F.I.S.T. – Ein Mann geht seinen Weg" steht für ein bestimmtes Modell der Gewerkschaftsarbeit.

Erdbeben des Kapitalismus

Die IGM wird von der Bourgeoisie dafür gelobt, dass sie die Stagnation der Lohnstückkosten seit Mitte der Neunziger ebenso erlaubte, wie sie in den Tarifrunden der Finanzkrise teils ganz auf Lohnforderungen verzichtete. Dieses mit Privilegien verbundene „Lob" ist nur sektoral bedingt wegen der Überschüsse im weiterverarbeitenden Gewerbe und der noch relativ hohen Löhne in diesen Sektoren möglich. Solche Privilegien fehlen der Logistik oder dem Einzelhandel schlichtweg.

Die IGM, die in der bürgerlichen Restauration schwer gelitten hatte, konnte ihre Mitgliederzahl auf gut zwei Millionen mit leichtem Aufwärtstrend stabilisieren. Ihr Vermögen konnte sie sogar auf eine halbe Milliarde Euro erhöhen, obwohl die Mitgliedschaft weiter altert. Schließlich war es wiederum die IGM – in einer Achse mit der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) – die mit dem „Tarifeinheitsgesetz" zum Angriff auf die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und das Streikrecht selbst blies: für Standort, Vaterland und die Organisationshoheit der DGB-Bürokratien[3].

Im Organisierungsbereich der großen Industriegewerkschaften steht insgesamt weder für die Gewerkschaftsbürokratie noch für das Kapital ein Ende der Kollaboration zur Debatte, auch wenn dafür Teile der eigenen Basis geopfert werden müssen. Die letzte Probe für den Kadaver- ➲

2. Peter Robe: Bundesarbeitsgericht erlaubt Privilegien für Gewerkschaften. http://www.klassegegenklasse.org/bundesarbeitsgericht-erlaubt-privilegien-fur-gewerkschaften/.
3. Peter Robe: Streikwelle und Streikrecht. In: Klasse Gegen Klasse 17. http://www.klassegegenklasse.org/streikwelle-und-streikrecht/.

gehorsam der Bürokratie war die Schließung von Opel Bochum 2013–2014, der die IGM zustimmte und somit eine ganze Stadt opferte. Nun steht die Umstrukturierung von Siemens bevor. Auch in der „Familie" wird der sozialpartnerschaftliche Bereich des Konzerns im Sinne der KapitalistInnen verengt: Befristung, Outsourcing und Massenkündigungen kommen[4]. Es gibt also auch im „Kern" Angriffe vom Kapital – die IGM nimmt sie aber als Erdbeben im Kapitalismus hin, die zu ertragen der Standortnationalismus erfordert, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Sozialpartnerschaft frisst ihre Kinder

Eine andere Qualität haben die Angriffe des Kapitals auf ver.di-Fachbereiche, in denen die gewerkschaftliche Organisierung und die Kollaboration – also die Bedingung der Bürokratie schlechthin – stärker in Frage stehen. Von 2001 auf 2014 fiel die Mitgliedschaft von ver.di von 2,81 Millionen auf 2,04 Millionen. Die Gesamtzahl der schwer Organisierbaren in Teilzeit, Leiharbeit oder Minijobs Beschäftigten stieg von 6,2 auf 7,6 Millionen.

Erst 2014 musste die Dienstleistungsgewerkschaft einen Großangriff auf den Manteltarifvertrag im Einzelhandel abwehren. Die andauernde Totalweigerung des Amazon-Konzerns, gewerkschaftliche Betriebsstrukturen zu akzeptieren zwingt sie in einen ungewollt harten Kampf. Im Sozial- und Erziehungsdienst machte im Juni die Basis Stunk, weil der von der Bürokratie gewünschte „Schlichterspruch" unzumutbar ist. In die relativ starken Mobilisierungen dieser Streiks wurde ver.di durch die objektive Lage gezwungen.

Immer wieder kommen die BürokratInnen – beispielsweise eben bei Amazon – in die für sie unbequeme Situation, das Kapital anbetteln zu müssen, als Verhandlungspartnerin anerkannt zu werden. Das ist nämlich lange nicht selbstverständlich, sondern war historisch nur Ergebnis einer starken ArbeiterInnenbewegung, die das Kapital zu dieser Anerkennung zwang, um seine eigene Haut zu retten – ob nach dem Ersten Weltkrieg, nach dem Zweiten oder in den Protestjahren der 1960/70er. Dieser Komfort wurde von der neoliberalen Welle, der Restauration und der Agenda geschmälert; die „selbstverständliche" Partnerschaft lohnt sich für das Kapital nicht immer. Diese Lage zwingt die Bürokratie zuweilen auch gegen ihren eigenen Willen in eine kämpferische Position: Bei Amazon wäre die ver.di-Bürokratie zwar jederzeit bereit, die KollegInnen für ein noch so schlechtes Angebot zu verraten, wenn sie so ihren Status als Sozialpartnerin wiedererlangen könnten. Allein, die Kapitalseite sieht gar keine Notwendigkeit mehr dafür.

Sich selbst unterminiert die Bürokratie dagegen bei der Post AG: Beim ehemaligen Staatsunternehmen kommt es zur teilweisen Zerschlagung der ver.di-Organisierung, weil die Ausgliederung von Regionalgesellschaften auch das Ende vieler Betriebsrats- und Vertrauensleutestrukturen bedeutet[5]. Nach der Atomisierung der alten Belegschaften und der Etablierung einer Dauerbefristung mit 20 bis 30 Prozent weniger Lohn wird die Re-Organisierung unter einem schlechten Stern stehen. Sie bedeutet daher auch herbe materielle Verluste für ver.di. Genau diesem Plan hat ver.di jetzt aber als Ergebnis des vierwöchigen Streiks zugestimmt und erkennt die Regionalgesellschaften an. Nur noch die Kernbelegschaft bekommt eine Zeit lang „Sicherheit". Das beweist: Sogar noch mehr als eigene Einbußen bei der Organisierung fürchten die Bürokratien die unabhängige Aktivierung der ArbeiterInnen und den politischen Bruch mit der Ideologie der Sozialpartnerschaft, die notwendig für einen Sieg gegen das Outsourcing wären.

4. Günter Heu: Rauswurf aus der Familie. In: Klasse Gegen Klasse 17. http://www.klassegegenklasse.org/rauswurf-aus-der-familie/.
5. Oskar Huber: Ein Angriff auf uns alle. In: Klasse Gegen Klasse 16. http://www.klassegegenklasse.org/ein-angriff-auf-uns-alle/.

Jetzt Klassenunabhängigkeit säen

Die Unterschiedlichkeit sowohl der historischen Episoden als auch der sektoralen Ausprägungen zeigt: Die angebliche Kontinuität und dauerhafte Stabilität der Sozialpartnerschaft im Interesse der ArbeiterInnen ist eine Grundlüge des deutschen Regimes. Die Sozialpartnerschaft ist tatsächlich eine besondere Ausprägung der Klassenkollaboration als Ideologie und als materielle Basis. Die Bourgeoisie und die Bürokratie haben gleichermaßen ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Ideologie: Erstere müsste sich sonst völlig anders rechtfertigen und hätte viel mehr Konfrontation zu erwarten; letztere schöpft ihre Privilegien aus der VermittlerInnenrolle, die sich aus der Partnerschaft ergibt, und schützt sich gleichzeitig vor „aufmüpfigen" ArbeiterInnen. Anders als die Bourgeoisie hat die Bürokratie auch ein unbedingtes Interesse an der Aufrechterhaltung der materiellen Sozialpartnerschaft – wie branchenweit gültige Tarifverträge, Löhne deutlich über der Reproduktionsgrenze und anerkannte Betriebsstrukturen. Für die Bourgeoisie dagegen gilt das nicht in jeder Phase, wie die Prekarisierung, Überausbeutung und teilweise Nichtanerkennung beziehungsweise Zerstörung von Gewerkschaftsstrukturen zeigen. Das macht einen Widerspruch der aktuellen Streikkonjunktur aus: Die Bürokratie verteidigt mit der Sozialpartnerschaft zuweilen eine „Leiche".

In der ArbeiterInnenklasse selbst ist die konservative Utopie des „Zurück zu den goldenen Jahren" noch weit verbreitet, auch wenn das Akkumulationsregime relative Sicherheit und hohe Löhne lange nicht mehr für alle hergibt und der Klassenkampf sie nicht erzwingt. Doch trotz der Tendenz zur Prekarisierung ganzer Sektoren der Arbeit bleibt das klassenkollaborationistische Bewusstsein zunächst erhalten. Sonst könnten die BürokratInnen ihre durchsichtigen Manöver zum Streikabbruch nicht so leicht durchbekommen. Hier macht sich das Fehlen einer Strömung für klassenkämpferische und antibürokratische Gewerkschaften und letztlich einer revolutionären ArbeiterInnenpartei bemerkbar, die diesem Konservatismus entgegentreten und ihre eigene revolutionäre Perspektive mit konkreten Siegen in einer Zeit der Niederlage untermauern könnte.

Die deutsche Wirtschaft wächst indes, aber die Arbeitenden profitieren nicht davon. Im Gegenteil: Die Prekarisierung wird noch weiter vorangetrieben. Die aktuelle Streikkonjunktur ist ein defensiver Reflex der ArbeiterInnenklasse gegen die fortschreitende Prekarisierung: Die jetzigen Angriffe finden nicht aus einer Schwäche, sondern einer Stärke des deutschen Kapitals statt. Anders als die ReformistInnen sagten, brachte der Verzicht der ArbeiterInnenklasse in der Krise keine späteren Verbesserungen. Im Gegenteil ist die Passivität und Wehrlosigkeit der ArbeiterInnenklasse in Deutschland, die in der Krise vertieft wurde, Bedingung für die Angriffe des Kapitals – in Deutschland und in ganz Europa. Der nur defensive Charakter der Kämpfe der ArbeiterInnenklasse geht aus dieser vergifteten Ausgangslage hervor; das einzige Antidot ist ein Programm der Klassenunabhängigkeit.

Die politische Begleitung der konkreten Kämpfe ist eine Pflicht der RevolutionärInnen, die sich auch in die Betriebsarbeit „einmischen" müssen. Ihr Standpunkt ist die vollständige Unabhängigkeit vom Kapital und all seinen Vermittlungsinstanzen in der Bürokratie, sowie die politische Herausforderung dieser Instanzen im Streik auf Grundlage des Übergangsprogramms. Denn im Imperialismus dienen die Gewerkschaften *„entweder dem Kapitalismus oder den breiten ausgebeuteten Massen"*[6]; der Kampf um ihre Rückeroberung als Instrumente der ArbeiterInnenklasse beginnt heute.

6. Leo Trotzki (1940): Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs. Online: https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1940/08/gewerk.htm.

Die deutsche Linke und das „Nein"

GRIECHENLAND: Nach dem Referendum verhandelt Syriza weiter mit der Troika. Trotzdem feiern große Teile der Linken die Tsipras-Regierung.

VON BASTIAN SCHMIDT

Am 5. Juli stimmten 61 Prozent der griechischen Bevölkerung beim Referendum gegen die neuen Sparauflagen. Die Regierungspartei Syriza selbst hatte dazu aufgerufen und bekam von großen Teilen der deutschen Linken vorbehaltlose Unterstützung. *„Tsipras verteidigt den Sozialstaat und die Demokratie, indem er das griechische Volk […] entscheiden lässt"*, behauptet Sahra Wagenknecht.[1] Auch das Blockupy-Bündnis bezeichnet das Referendum als *„historischen und bewegenden Moment für die Demokratie."*[2]

Dabei bedeutet der Ausgang des Referendums – auch wenn das Nein eine klare Ablehnung der Troika-Politik beinhaltete – vorerst eine Stärkung des klassenversöhnlerischen Kurses der griechischen Regierung. Diese definiert das „Nein" nämlich als Unterstützung ihrer Verhandlungslinie. Der Rücktritt von Yannis Varoufakis als Finanzminister zugunsten eines rechteren Ministers ist nur ein Ausdruck davon.

Dabei wurde Syriza im Januar eigentlich für ihre Ablehnung der Spardiktate gewählt, d.h. das Referendum gab es überhaupt erst, weil Syriza mit dem Bruch ihrer Wahlversprechen die griechische ArbeiterInnenklasse bereits verraten hatte.

Kurs der deutschen Linken

Die Linkspartei hat schon im Februar durch die Zustimmung von einer Mehrheit ihrer Bundestagsabgeordneten für neue Spardiktate der Troika gezeigt, dass sie die Lösung der Griechenland-Krise im Einvernehmen mit der deutschen herrschenden Klasse sucht. Die Zustimmung der Linkspartei zu diesen Sparmaßnahmen bedeutete die Interessen der ArbeiterInnenklasse der bedingungslosen Solidarität mit Syriza zu opfern. Der Kurs hat sich trotz Kampagne für das „Nein" bei dem Referendum keineswegs verändert. Denn wenn Syriza einem neuen Abkommen zustimmt, wird die Linkspartei im Bundestag wieder dafür stimmen – anstatt jede Einmischung des deutschen Imperialismus zu bekämpfen.

Auch Teile der „Bewegungslinken" reihen sich unkritisch in die Phalanx der Syriza-Fans ein. *„Schon der Wahlerfolg von SYRIZA im Januar hat ein Fenster der Hoffnung und der Möglichkeiten aufgestoßen, eine Alternative zum Bestehenden wieder realistisch denken zu können"*[3], schrieb die Interventionistische Linke unmittelbar vor dem Referendum. Nach dem „Oxi" gingen sie sogar noch weiter: Syriza *„verkörpert das Versprechen der Kämpfe und ist zugleich ihre institutionelle Repräsentation."*[4]

Unter dem Deckmantel einer angeblich radikalen Ablehnung der Troika-Politik verbirgt sich bei IL und Co. die Unterstützung für eine reformistische Regierung, die seit Januar fast alle Wahlversprechen gebrochen hat. Blockupy schreibt: *„Das OXI hatte einen Klassencharakter."*[5] Das stimmt, aber nicht wegen, sondern trotz der Interpretation des Referendums durch Syriza.

Mit der unverblümten Unterstützung von Syriza untergräbt die deutsche Linke auch den Widerstand gegen die erpresserische Politik des deutschen Imperialismus. Anstatt ganz klar alle weiteren „Abkommen" abzulehnen, schürt sie Illusionen in ihre Auswirkungen: *„Selbst ein Abkommen in Brüssel wäre vor diesem Hintergrund etwas anderes als der schlechte Kompromiss, den viele die letzten Monate zu recht befürchteten: Eine demokratische Massenerhebung schafft es mit einer Regierung, die in Teilen wie ein[e] institutionelle Insurrektion operiert und einen Putschversuch hinter sich hat, dem europäischen Imperium, dass es ganz offen loswerden will, etwas abzutrotzen – und das innerhalb ihres eigenen Herrschaftsraumes."*[6] Ja, der Ausgang des Referendums ist ein Rückschlag für die Troika. Aber wenn das „Nein" in ein erneutes Memorandum übersetzt wird, ist es nichts weiter als eine große Täuschung der Massen. Die Regierungsübernahme durch eine reformistische Partei als „Insurrektion" zu feiern, bedeutet nur, dass man kein Interesse an einem tatsächlichen Aufstand gegen den kapitalistischen Staat hat.

Der Hauptfeind

Das Ergebnis des Referendums hat in erster Linie die berechtigte Wut der griechischen ArbeiterInnenklasse auf die Troika und die deutsche Bundesregierung offenbart. Es hat auch gezeigt, dass Syriza keinen Kampfplan für die Durchsetzung der Forderungen der ArbeiterInnen hat, sondern nur weiter auf Verhandlungen mit den imperialistischen ErpresserInnen setzt.

Die deutsche Bourgeoisie hat auch hier in den letzten Jahren mit der Agenda 2010 und dem Tarifeinheitsgesetz zahlreiche Angriffe auf die Interessen der ArbeiterInnen gefahren. Eine Schwächung des deutschen Regimes würde mithin sowohl den griechischen ArbeiterInnen helfen, als auch die Kampfkraft der deutschen ArbeiterInnenklasse stärken. Die jüngste Streikwelle hat die steigende Kampfbereitschaft der hiesigen ArbeiterInnenklasse unter Beweis gestellt.

Ein solidarischer Streik der deutschen ArbeiterInnen gegen die Spardiktate könnte ausreichend Druck erzeugen, um die Angriffe auf die griechische ArbeiterInnenklasse zurückzuschlagen und einen eigenen Kampfplan gegen die imperialistische Politik des deutschen Staates aufzustellen. Doch eine solche Perspektive erfordert die politische Unabhängigkeit von der Bourgeoisie und ihren reformistischen Verbündeten.

„Streichung der Schulden" – die einzige passende Losung der Stunde. Hier im Block von RIO, ANTARSYA und NaO.

1. Sarah Wagenknecht: Demokratie statt Austerität. http://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/2150.demokratie-statt-austeritaet.html.
2. Blockupy Berlin. http://berlin.blockupy-frankfurt.org/.
3. Interventionistische Linke. http://www.interventionistische-linke.org/beitrag/oxi.
4. Blockupy Goes Athens: „Es gibt keine Lösung außer zu kämpfen". http://athens.blockupy.org/post/123487696680/es-gibt-keine-loesung-ausser-zu-kaempfen.
5. Ebd.
6. Ebd.

Eine radikale

VON BARAN SERHAD

Vor dem Hintergrund der weltweiten neoliberalen Offensive seit der Mitte der 1970er Jahre, die sich in den 90er Jahren nach dem Zusammenbruch der degenerierten ArbeiterInnenstaaten festigte, haben Theorien der „Postmoderne" eine Hegemonie innerhalb der Linken erreicht. Ausgehend von der Verneinung des Klassenantagonismus greifen sie Begriffe wie „Gleichheit und Freiheit" auf und versuchen auf politischer Ebene, die liberale Demokratie im Rahmen des Kapitalismus auszuweiten. Schlagworte dafür sind „radikale Demokratie" oder „Demokratie bis zum Schluss".

Ihre Konzepte sind jedoch weit entfernt von der radikal-demokratischen Tradition, die in der Pariser Kommune 1871 umgesetzt wurde und seitdem Teil des marxistischen Programms geworden ist, mit Forderungen wie der jederzeitigen Abwählbarkeit von FunktionärInnen oder der Begrenzung der Gehälter von Abgeordneten auf die Höhe eines ArbeiterInnenlohns. Im Gegenteil: Diese neuen Theorien sind nicht bestrebt, die Grenzen der bürgerlichen Demokratie zu sprengen und die Massen auf den Kampf um die sozialistische Revolution vorzubereiten, sondern führen gerade zur Integration von widerständigen Sektoren in den bürgerlichen Parlamentarismus.

VertreterInnen dieser Theorien sind etwa die „postmarxistischen" Intellektuellen Chantal Mouffe und Ernesto Laclau mit ihrem im Jahr 1985 erschienenen Buch „Hegemonie und radikale Demokratie". Neben TheoretikerInnen des Eurokommunismus wie Nicos Poulantzas, den wir in einer früheren Ausgabe von *Klasse gegen Klasse* schon analysiert haben, sind Laclau und Mouffe zentrale Referenzen der neoreformistischen Projekte wie Syriza, Podemos oder der HDP.

Die neue Form der Klassenversöhnung

Die Hauptthese der „radikalen Demokratie" in der Variante von Laclau und Mouffe besteht darin, dass die „Radikalisierung" der liberalen Demokratie die „Hegemonie" des Kapitals einschränken wird. Sie lehnen den zentralen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, den unversöhnlichen Konflikt zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, ab. Nach ihrer Theorie sind die ArbeiterInnen in der kapitalistischen Gesellschaft mit ihren fundamentalen Forderungen und Kapazitäten kein privilegiertes Subjekt, das sich von anderen politischen Identitäten wie FeministInnen, UmweltaktivistInnen, LGBTI-Menschen, ethnischen Minderheiten und Geflüchteten etc. abhebt.

Der Kampf um die Emanzipation von Unterdrückung zielt deshalb auch nicht mehr auf den Sturz des kapitalistischen Staats, sondern auf die Ausweitung pluralistischer Demokratie. Denn nach Mouffe und Laclau bestand der hauptsächliche „Fehler des Sozialismus" darin, den Kapitalismus durch eine hierarchische und autoritäre Machtform des Proletariats zu ersetzen und dabei auf die Demokratie zu verzichten. Ohne Bezug auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln, welches den Charakter der bürgerlichen Demokratie bestimmt, plädieren die Post-MarxistInnen für den ununterbrochenen demokratischen Kampf der „sozialen Bewegungen" zur Schaffung eines „Sozialen", in dem multiple Identitäten ihre Freiheiten und Perspektiven des Zusammenlebens finden.

Ahmet Ögüt: Strategic Diagram for Non-hierarchical Participatory Radical Democracy.

Selbstverständlich ignoriert der revolutionäre Marxismus die sozialen und demokratischen Fragen der unterdrückten Sektoren nicht. Nach der Oktoberrevolution bereiteten die Bolschewiki der politischen Gleichheit und Gerechtigkeit im neu gegründeten ArbeiterInnenstaat den Boden: Frauen erhielten das Wahlrecht und die Möglichkeit der Selbstorganisierung, die Kindererziehung und Hausarbeit wurden vergesellschaftet, Abtreibung und Homosexualität wurden legalisiert. Mit der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts wurde die Gleichheit der Nationen und Sprachen eingeleitet. Die Einführung dieser wesentlichen Elemente der Demokratie war nur mit dem Sturz des Zarismus und der Bourgeoisie möglich, durch eine von der ArbeiterInnenbewegung angeführte Allianz mit allen Unterdrückten.

Diese und weitere Errungenschaften der Oktoberrevolution wurden mit der Machteroberung Stalins zurückgeschraubt. Stalin als Vertreter des bürokratischen Apparats, welcher sich zunächst in der Sowjetunion und später in den anderen degenerierten ArbeiterInnenstaaten über die ArbeiterInnenklasse erhob, stellte zunächst den Marxismus mit der „Theorie des Sozialismus in einem Land" auf den Kopf. Die Sowjets (Räte), die Organe der Selbstorganisation der ArbeiterInnen, SoldatInnen und Bauernschaft, wurden im Interesse der privilegierten Kaste der Bürokratie entmachtet. So zentralisierte sich die Macht in den Händen der Bürokratie, die die Diktatur des Proletariats in die Diktatur der Bürokratie verwandelte.

Aufschwung des Neoreformismus

Der aktuelle Aufschwung von neoreformistischen Parteien hängt eng zusammen mit der weltweiten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise, welche verschiedene Protestbewegungen gegen die Angriffe der kapitalistischen Regierungen auf die politische Bühne brachte. Nach dem Scheitern der Massenmobilisierungen in den vergangenen Jahren projizierten breite Schichten von ArbeiterInnen und Jugendlichen politische Illusionen in diese neoreformistischen Formationen – so folgte beispielsweise auf die spanische 15M-Bewegung der Aufschwung von Podemos. Trotz Unterschiede in der Basis entstanden Phänomene wie Podemos oder Syriza zunächst als Wahlfronten mit den sozialen Bewegungen, GewerkschafterInnen und radikalen Linken. Ihre Führungsfiguren kommen aus dem akademischen Milieu oder aus sozialen Bewegungen. Ihre Strategie zielt auf ihre Existenz als Wahlverein und die Integration kämpferischer Sektoren in den Parlamentarismus ab, mit dem Ziel,

Täuschung

NEOREFORMISMUS: Projekte wie die griechische Syriza, die spanische Podemos oder die kurdische HDP befinden sich im Aufschwung. Sie versprechen Verbesserungen für die Massen durch demokratische Reformen. Doch weil sie den Klasseninhalt des kapitalistischen Staats ignorieren, sind sie zum Scheitern verurteilt.

die Verwaltung des bürgerlich-kapitalistischen Staates selbst zu übernehmen.

Die ideologische Einheit dieser Parteien besteht zum einen darin, mit sozialdemokratischen Reformen den Kapitalismus „humanitär" zu gestalten, und zum anderen, die Illusion zu schüren, reaktionäre Institutionen wie die Europäische Union im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung „demokratisieren" zu können.

Sackgasse von Syriza und Podemos

Die erste Konfrontation mit diesem Kurs erlebt momentan Syriza. Diese Linkspartei versprach bei den letzten Wahlen in Griechenland unter anderem die Streichung eines Teils der Schulden, kostenlose Stromversorgung, kostenlosen Gesundheitsdienst sowie Renten- und Mindestlohnerhöhungen. Sie konnte letztendlich kein einziges Wahlversprechen umsetzen, sondern kapitulierte vor dem Terror der Troika. Der Syriza-Vorsitzende und griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras nutzte das Referendum am 5. Juli als Manöver, um einerseits den Platz am Verhandlungstisch zu befestigen, andererseits Stimmenverluste und eine interne Spaltung zu verhindern. Das Referendum ist also kein Beispiel einer „radikalen Demokratie" von unten, sondern einer Unterordnung unter ein politisches Projekt, welches dem Kapitalismus den materiellen Boden nicht entzieht und deshalb zur Kapitulation verurteilt ist.

Podemos konnte sich seinerseits bei den Regional- und Kommunalwahlen am 24. Mai als dritte Kraft in der spanischen Parteienlandschaft etablieren. Die Führung von Podemos zielt auf die Schaffung einer „anständigen", nicht korrupten Regierung, also auf die Übernahme der Regierung des kapitalistischen Staats ab. Nach ihrer Selbstbeschreibung ist Podemos *„weder rechts noch links"*, doch spätestens an der Regierung wird sie sich dem Paradigma des kapitalistischen Sachzwangs und der Austerität beugen müssen.

Nachdem Podemos nach den Europawahlen ihren ersten großen Erfolg errang, machte sich die Führungsriege daran, die Macht der in sogenannten Zirkeln aktiven Basis einzuschränken, und die am besten organisierte „Opposition", *Izquierda Anticapitalista*, die spanische Sektion des Vereinigten Sekretariats, anzugreifen. Auf dem Gründungskongress im Herbst vergangenen Jahres war schon ein Organisationsmodell gewählt worden, in dem der Generalsekretär die meiste Macht besitzt und sich diese durch passive Online-Abstimmungen bestätigen lässt. Zudem wurde beschlossen, dass „Doppelmitglieder" nicht für Podemos bei Wahlen kandidieren dürfen. Dieser Kurs bedeutet nichts anderes als Karikierung der Demokratie!

Die Strategie der kurdischen HDP konzentriert sich auf die kulturelle und soziale Demokratisierung des türkischen Staates unter dem klassenversöhnlerischen Projekt der „selbstverwalteten demokratischen Autonomien", die das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht antasten. Schon in den 90ern, als die KurdInnen – aus ihren Dörfern in die türkischen Großstädten vertrieben – von der türkischen Bourgeoisie als billige Arbeitskräfte ausgebeutet wurden, stellte die kurdische Bewegung nicht die Klassenausbeutung in den Vordergrund, sondern die Identitätsfrage. Schon im Kampf gegen einige LandbesitzerInnen im Nordkurdistan sah die PKK damals die Problematik nur an der Kollaboration der LandbesitzerInnen mit dem türkischen Staat, aber nicht am Eigentum am Boden und Ausbeutung der LandarbeiterInnen.

Die HDP setzt als „Vermittlerin" zwischen der PKK und des türkischen Staates den Fokus auf den „Friedensprozess", der nichts anderes als ein „Diktatfrieden" ist und immer wieder einseitig vom türkischen Staat abgebrochen wird. Auch wenn die HDP eine Verbindung zu den Gewerkschaften hat, begnügt sie sich bei den Arbeitskämpfen höchstens mit den symbolischen Solidaritätserklärungen. Sie möchte sich vor der türkischen Bourgeoisie als fähiger Regierungsakteur beweisen und will die sich in den Reihen der HDP befindlichen Teile aus der kurdischen Bourgeoisie nicht abschrecken.

Revolutionärer Bruch statt „radikale" Demokratisierung

Der Neoreformismus impft den Massen systematisch die Gedanken ein, dass die Gleichheit und Freiheit durch die Versöhnung mit dem Kapital verwirklicht werden kann. Doch die Praxis leugnet diesen Kurs, da diese Parteien schon an die Grenzen ihrer sozialdemokratischen Perspektive gestoßen sind.

Die Geschichte hat bewiesen, dass auch wenn die demokratische Republik *„die denkbar beste Hülle des Kapitalismus"* (Lenin) ist, die Bourgeoisie mit der Hilfe der KlassenkollaborateurInnen in den Zeiten der Krisen gezielt die Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse angreift, um sich zu retten. Die Lösung der demokratischen Frage besteht darin, dass das Proletariat und die unterdrückten Massen die demokratischen Rechte in Form der kontinuierlichen revolutionären Mobilisierung für den Sturz des bürgerlichen Staates und Aufbau proletarischer Diktatur ausnutzen. Nur das ist „radikale Demokratie".

RevolutionärInnen im Wahlkampf

ARGENTINIEN: Die bürgerlichen Parteien kennen kein anderes Thema als die lange Reihe von Wahlsonntagen, die mit den Präsidentschaftswahlen im Oktober endet. Auch die trotzkistische Linke diskutiert, wie man am besten in diese Wahlen interveniert.

VON PETER ROBE

Bei diesen Wahlen steht einiges auf dem Spiel. Zum ersten Mal seit langen Jahren ist nämlich nicht sicher, dass die regierende *Frente para la Victoria* (Front für den Sieg, FPV) einfach gewinnen wird. Der Zyklus des linkspopulistischen Kirchnerismus – benannt nach dem Ex-Präsident Néstor Kirchner und der aktuellen Präsidentin Cristina Kirchner – ist am Ende. Die Rohstoffpreise, durch deren Boom die Regierung einige Zugeständnisse an die Massen machen konnte, sinken – die Wirtschaft befindet sich in der Rezession.

Neoliberalismus

Doch der Regierung gelingt es, einen geschmeidigen Übergang zu organisieren. Die Wirtschaft bricht nicht ein, da die größten Probleme aufgeschoben wurden und der Konsum angekurbelt wird. Der Lagerkampf innerhalb der FPV zwischen den klassischen KirchneristInnen und den Moderaten um die Präsidentschaftskandidatur wurde abgefedert: Kandidat ist der aktuelle Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Daniel Scioli, der für seinen arbeiterInnenfeindlichen und repressiven Regierungsstil bekannt ist, während dem linken Flügel Listenplätze für das Parlament zugestanden wurden. Auch wenn sie hoffen, bei den Wahlen im Oktober in der ersten Runde zu gewinnen, wird diese Maßnahme zahlreiche WählerInnen unzufrieden stimmen.

In der Opposition setzt sich der neoliberale Bürgermeister von Buenos Aires, Mauricio Macri, immer mehr von dem demagogischen Ex-Regierungsmann Sergio Massa ab.

Alle drei Kandidaten haben eines gemeinsam: Politisch stehen sie weniger in Nachfolge der „progressiven" Kirchner-Regierung der 2000er, sondern erinnern viel mehr an die dunklen Zeiten des Neoliberalismus unter Carlos Menem in den 1990ern. Sie fußen auf einem rechten Konsens, bei dem die ArbeiterInnen für die Krise bezahlen müssen.

Und die Linke?

Im Gegensatz zu Ländern wie Spanien gibt es keine starke reformistische Opposition, da dieser Raum einerseits durch die „progressive" Regierung und andererseits durch die revolutionäre Linke aufgeteilt wird. Vor einem Monat machte die ArbeiterInnenklasse in ihrem fünften Generalstreik seit 2012 ihre Unzufriedenheit mit der Regierung deutlich. Doch während die Gewerkschaftsbürokratien nur den obersten Teil der ArbeiterInnenklasse ansprechen, wachsen die Probleme besonders unter den prekär Beschäftigten, die oft Jugendliche und Frauen sind.

2011 ist ein politisches Wahlbündnis zwischen trotzkistischen Gruppen entstanden, das genau diesen Sektoren eine Alternative zu den KanditatInnen der Bourgeoisie anbietet. Die ArbeiterInnenpartei (PO) und die Partei Sozialistischer ArbeiterInnen (PTS, Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale), bilden zusammen mit der kleinen Sozialistischen Linken (IS) die **Front der Linken und ArbeiterInnen** (FIT). Bei den Wahlen vor zwei Jahren erreichte die FIT 1,2 Millionen Stimmen und drei Parlamentsabgeordnete, darunter Nicolás del Caño (PTS) aus Mendoza. Sie vertritt ein Programm der Klassenunabhängigkeit der ArbeiterInnen mit antikapitalistischen und antiimperialistischen Forderungen und tritt für eine auf Mobilisierungen basierende ArbeiterInnenregierung ein.

Debatten in der FIT

Verbunden mit der herausragenden Teilnahme an den härtesten und längsten Arbeitskämpfen der letzten Jahre zeigen die bisherigen Wahlerfolge in diesem Jahr den Aufstieg der PTS innerhalb der FIT und besonders von del Caño als Ausdruck einer neuen, kämpferischen Generation der revolutionären Linken auf. Um diesen Erfolg zu begrenzen, verweigerte die bisher größte Partei der FIT, die PO, für die kommenden Präsidentschaftswahlen ultimatistisch die Bildung einer Einheitsliste. Stattdessen bildeten sie mit der IS eine Liste, die nun bei den Vorwahlen im August mit der Liste der PTS konkurriert. Die stärkere Liste stellt die gemeinsamen FIT-KandidatInnen bei den Wahlen im Oktober.

Dem liegen unterschiedliche politische Ausrichtungen zu Grunde. Während die PO die FIT zu einer Einheitsfront erklärt und für populistische Gruppen öffnen möchte, verteidigt die PTS die revolutionäre Grundlage der Wahlfront. Mit ihrer Liste will sie die FIT durch die Kraft der ArbeiterInnen, Jugendlichen und Frauen stärken und erneuern. Zahlreiche der tausenden KandidatInnen der PTS sind anerkannte AktivistInnen der Gewerkschafts-, Studierenden- und Frauenbewegung. Sie wollen die Verbindung der parlamentarischen Aktivität der PTS-Abgeordneten mit konsequenten Interventionen in den Klassenkampf fortsetzen. Denn nur durch diese soziale Kraft kann das Programm der FIT wirklich Macht entwickeln und eine revolutionäre Partei aufgebaut werden, die der Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende setzen kann.



Der Parlamentsabgeordnete Nicolás del Caño (PTS) bei einer Straßenblockade während des Generalstreiks.





➲ *Fortsetzung von Seite 16*
Capture and Storage"(CCS)-Technologie, Fracking und Atomkraft als Anker einer zentralisierten, fossilen Energieversorgung dienen. All dies unter dem Vorzeichen des anhaltenden Ausblutens der halbkolonialen Staaten. Es geht den imperialistischen Mächten immer auch um die Kontrolle über Ressourcen, u.a. zur Eindämmung Russlands.

Große Teile der Herrschenden wissen spätestens seit dem „Stern-Report"[1] um die enormen wirstchaftlichen Schäden, die ein ungebremster, menschengemachter Klimawandel verursachen würde. Der gleichzeitige politische Stillstand scheint also paradox. Doch die Klimakrise ist eingebettet in eine gesamtökologische Krise des Kapitalismus und ist als solche innerhalb dieser Produktionsweise schlicht nicht lösbar. Konkurrenz, imperialistische Zerstörung, Über- und Fehlproduktion sind einander bedingende Aspekte derselben Gesetzmäßigkeit: unendliche Kapitalakkumulation als Selbstzweck statt zur Bedürfnisbefriedigung. Diese ist der Kern des immerwährenden Wirtschaftswachstums und immanente Ursache der Naturzerstörung im Kapitalismus.

Was sagt die Bewegung?

Während ein Teil der Ökobewegung noch offen den Herrschaftsprojekten von „Ökologischer Modernisierung" oder „Green New Deal" hinterhertrabt, hat die junge „degrowth"-Bewegung einen starken Aufwind bekommen und sich scheinbar von diesen Projekten emanzipiert. Sie greift das Wachstum als zentrales Problem an, verkennt aber meist den bereits erwähnten fundamentalen Zusammenhang. Progressive Forderungen wie die Arbeitszeitverkürzung bleiben daher komplett entleert von ihrem Klassengehalt und ihr Programm bleibt strategie- und zahnlos[2]. Das Fehlen eines Subjekts des gesellschaftlichen Wandels – neben dem Propagieren von individuellen Lösungen – führt zu einer unerträglichen „Bittstellerhaltung". Die Appelle an die Herrschenden mündeten zum G7-Gipfel darin, diese in Kostüme zu Klima-Superhelden zu stilisieren. Das millionenstarke Kampagnen-Netzwerk Avaaz betitelte das Ergebnis von Elmau sodann auch als „RIESENERFOLG!"

Tatsächlich ist die ArbeiterInnenklasse in Allianz mit dem armen Bauerntum und den anderen Unterdrückten die einzige soziale Kraft, die einen Ausweg aus der ökologischen Krise bieten kann. Einerseits sind sie am meisten der Verschmutzung und der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen ausgesetzt und andererseits hat nur die ArbeiterInnenklasse durch ihre Stellung im Produktionsprozess die materielle Grundlage, die Produktion radikal umzuwälzen. Sie muss sich dieser immensen Aufgabe bewusst werden und den Kampf gegen die ökologische Krise anführen. Dafür braucht sie ein eigenes Programm, eine wahre internationale Vereinigung und die politische Unabhängigkeit von der Bourgeoisie – auch von bürgerlichen, sozialchauvinistischen Pseudo-Ökos.

Ein Übergangsprogramm

Noch bleiben uns im Kampf um unsere Lebensgrundlagen ein paar Jahre, um den Trend der globalen THG-Emissionen umzukehren. Dazu brauchen wir ein Übergangsprogramm, das uns mit den dadurch erkämpften Errungenschaften bereits in der kapitalistischen Gesellschaft dringend benötigte Zeit verschafft.

Dabei müssen wir uns nicht nur den KapitalistInnen und ihrem Staat entgegenstellen, sondern auch den reaktionären Führungen und Tendenzen in unseren eigenen Organisationen. Gerade die Gewerkschaften in der traditionellen Schwerindustrie stellen sich häufig einer notwendigen Umstrukturierung entgegen. Im Kampf um die von Wirtschaftsminister Gabriel propagierte „Klimaabgabe", die alte Kohlemeiler unrentabel und damit obsolet machen sollte, hat sich womöglich nur mit dem Druck der verräterischen Führung von ver.di und der IG BCE erneut die Kohlelobby durchgesetzt. Diese Position in den Gewerkschaften entspringt aus den Privilegien und dem Standortnationalismus, gerade in einem imperialistischen Land wie Deutschland. Resultat: Zwar werden 2.700 Megawatt Braunkohlestrom vom Netz genommen, verbleiben aber als Reserve und addieren sich zu den bestehenden Überkapazitäten.

Doch Gabriels Reförmchen wäre lange nicht genug gewesen. Dem entgegen müssen wir RevolutionärInnen auch im Betrieb die Forderung nach einer noch schnelleren und konsequenteren Stilllegung der Braunkohlemeiler fordern. Diese Forderung ist direkt und untrennbar verbunden mit dem Kampf um eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und sowie mit der demokratisch geplanten Umverteilung der Arbeit. Besonders in Sektoren mit hohem ökologischen Fußabdruck besteht die Notwendigkeit des Kampfes für eine ökologisch ausgerichtete betriebliche Umstrukturierung bis hin zur Stilllegung, falls erforderlich. Weitere Beispiele sind der Luftfahrtsektor, die Automobilproduktion oder die Fleischindustrie.



Auf diese Weise schlagen wir gleichzeitig eine Brücke hin zur ArbeiterInnenselbstverwaltung aller Betriebe – wenn wir die bürokratischen Apparate in Kampforganisationen verwandeln können, die einen Teil ihrer zukünftigen Aufgabe der demokratischen Wirtschaftsplanung bereits in der kapitalistischen Gesellschaft aufnehmen.

Aber erst im Sozialismus, in einer weltweiten und rätedemokratischen Planwirtschaft, kann eine vollständige ökologische Umwälzung der Produktion umgesetzt werden, die an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist. Diese muss in den ehemaligen kapitalistischen Zentren bei steigender Produktivität und minimaler Verschwendung insgesamt stark schrumpfen. Maßnahmen sind beispielsweise die weltweite und schnellstmögliche Umstellung der Energieversorgung auf modernste erneuerbare und angepasste Technologien, die massive Reduktion von PKW-Produktion und des Individualverkehrs und der Ausbau des kostenlosen Nah- und Fernverkehrs, der ökologische Umbau der Städte, sowie die Umstellung der energieintensiven petrochemischen Agrarindustrie hin zu modernem ökologischen Landbau.[3]

Mit der Beerdigung der bürgerlichen Herrschaft können wir nicht nur den ökologischen Kollaps abwenden, sondern wir werden auch fähig sein, in ein neues Verhältnis zur Natur einzutreten.

1. http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20130129110402/http://www.hm-treasury.gov.uk/media/A/9/stern_shortsummary_german.pdf
2. Sören Luxbach: Schrumpfen ohne Plan. In: Waffen der Kritik Nr. 3. https://waffenderkritik.wordpress.com/2015/03/16/schrumpfen-ohne-plan/.
3. Über Humusaufbau können immense Mengen Kohlenstoff dauerhaft in den Böden gespeichert werden, welche vielerorts bedroht sind. Diese Maßnahme ist mit vielen weiteren positiven Effekten verbunden, wie z.B. der Bewahrung der biologischen Vielfalt.

KLASSEGEGENKLASSE

Zeitschrift der **Revolutionären Internationalistischen Organisation** | Deutsche Sektion der **Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale** | Preis: **1 Euro** | Solipreis: **2 Euro**

Von Gipfeln und Sturmfluten

ÖKOLOGIE: Im Februar diesen Jahres wurde ein historischer Gipfel erklommen: Die durchschnittliche Konzentration des atmosphärischen CO2 hat nun die 400ppm-Grenze überstiegen, zum ersten Mal in mindestens 800.000, wenn nicht sogar 25 Millionen Jahren.

VON SÖREN LUXBACH

Anfang Juni verhandelte darüber ein anderer Gipfel in den hohen Alpen: die G7, der weltweite Ausschuss der herrschenden Klasse. Kaum haben die Regierungschefs das Ziel der völligen Abkehr vom fossilen Zeitalter bis zum Ende des Jahrhunderts ausgerufen, setzt sich die Kohlelobby in Deutschland erneut durch. Welche Antwort auf die ökologische Krise braucht die ArbeiterInneklasse?

Was steht auf dem Spiel?

Der von Menschen gemachte Klimawandel ist keine Fata Morgana – zunehmende Extremwetterereignisse, massive Bodendegradation, Wasserverknappung und vieles mehr sind real. Sie treffen die Menschen in sehr ungleichem Maße; die am stärksten Ausgebeuteten und Unterdrückten am aller härtesten. Im Namen der Überwindung der Armut folgen die abhängigen Staaten unter dem Joch des Imperialismus dem zerstörerischen Entwicklungspfad der kapitalistischen Zentren. Trotz geringer Anzeichen einer möglichen Umkehr steigen die globalen Treibhausgas(THG)-Emissionen immer weiter an.

Die „internationale Staatengemeinschaft" hat basierend auf wissenschaftlichen Szenarien des IPCC festgelegt, die Erderwärmung auf +2°C im Jahr 2050 gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen. Das ist die Schwelle zu unumkehrbaren Kettenreaktionen: Positive Rückkopplungen lösen eine sich selbst verstärkende Dynamik aus, durch die eine graduelle Veränderung schnell in eine sprunghafte umschlägt. Einer dieser sogenannten Kipppunkte ist zum Beispiel das Abschmelzen des Grönland-Eisschildes.

Ohne fundamentale Trendwende könnte sich die Erde – von Kipppunkt zu Kipppunkt hangelnd – bis zum Ende des 21. Jahrhunderts im Durchschnitt um bis zu fünf oder gar sechs Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten erwärmen. Im schlimmsten Falle droht der Amazonas komplett niederzubrennen und die gesamten Tropen und Subtropen unbewohnbar zu werden, eine massive Verknappung von Wasser und Nahrung würde einsetzen und die versauerten Ozeane würden aufgrund der schmelzenden polaren Eiskappen um einige Meter ansteigen – ganze Völker wären auf der Flucht. Der Planet wäre nur schwer wiederzuerkennen.

Das Geschäftsklima

Die G7 haben den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen „im Laufe des Jahrhunderts" und das Bekenntnis zum Zwei-Grad-Ziel verkündet. Im Jahr 2050 sollen die THG-Emissionen auf ein Drittel derer von 2010 begrenzt werden. Aber nach dem altbekannten Spiel beinhalten die Selbstverpflichtungen keinerlei Verbindlichkeit. Sie werden vor allem als Signal für den UN-Klimagipfel in Paris (COP21) gehandelt. Vor dem COP15 in Kopenhagen im Jahr 2009 beschlossen die G8 sogar eine 80-prozentige THG-Reduktion bis 2050 – der Gipfel scheiterte und die Selbstverpflichtungen verpufften.

Die abhängigen Staaten sollen ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen für den Klimaschutz und so genannte „Klimaschutzversicherungen" erhalten. Exportkredite der EU und OECD, die bisher massiv deutsche Kohlekrafttechnologie förderten, sollen nun in erneuerbare Energien fließen. Mit diesem aufstrebenden Sektor wird einem verschobenen Kräfteverhältnis innerhalb der Bourgeoisien Rechnung getragen, was besonders dem deutschen Kapital als strategisches Projekt seiner imperialistischen Expansion dient. Aber noch sollen vor allem „Carbon

Fortsetzung auf Seite 15 ➲

